

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Privatrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

3. Mai 2017

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. Januar 2017 haben Sie die Vernehmlassung zu oben erwähnter Angelegenheit eröffnet. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und nehmen diese gerne wie folgt wahr:

1.

Der mit der Revision verfolgte Zweck, die gesetzliche Regelung der Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne der Nachführung der (bundes-)gerichtlichen Praxis anzupassen, ist zu begrüssen.

Eine Verdeutlichung des durch die staatlichen Gerichte für "Hilfsverfahren" (zum Beispiel Ernennung, Abberufung, Ablehnung und Ersetzung der Mitglieder des Schiedsgerichts; Verlängerung der Amtsdauer; Androhung und Vollstreckung von Zwangsmassnahmen bei vorsorglichen Massnahmen, der Beweiserhebung oder Vollstreckung) anwendbaren Verfahrensrechts ergibt sich dadurch, dass neu ausdrücklich das summarische Verfahren im Bereich der internationalen wie auch der nationalen Schiedsgerichtsbarkeit statuiert werden soll. Auch diesbezüglich wird zusätzliche Klarheit geschaffen.

2.

Die Revision verzichtet auf eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen staatlichen Gerichten und Schiedsgerichten. Eine Änderung dieses Verhältnisses ist auch nicht erforderlich.

3.

Gemäss Art. 184 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (IPRG) kann das staatliche Gericht am Sitz des Schiedsgerichts um Mitwirkung bei der Durchführung des Beweisverfahrens ersucht werden, wenn staatliche Rechtshilfe erforderlich ist. Das angerufene staatliche Gericht wendet grundsätzlich sein eigenes Recht an. In Anlehnung an Art. 11a Abs. 2 und 3 IPRG betreffend Rechtshilfehandlungen für ein ausländisches Gericht, wonach auch ausländische Verfahrensformen angewandt oder berücksichtigt werden können, soll das staatliche Gericht auch in der Schiedsvereinbarung vereinbarte ausländische oder auch eigene Beweisformen und allgemein Verfahrensformen im staatlichen Beweisverfahren anwenden oder berücksichtigen, sofern dem nicht ausnahmsweise wichtige Gründe entgegenstehen. Die Anwendung ausländischen Rechts beziehungsweise der in der Schiedsvereinbarung vereinbarten Formen kann potenziell zu Konflikten mit rechtsstaatlichen Grundsätzen führen. Nach der Lehre betreffend Art. 11a Abs. 2 IPRG soll die An-

wendung ausländischen Rechts bei erfüllten Voraussetzungen immer noch im Ermessen der ersuchten Behörde liegen (vgl. BUHR/GABRIEL/SCHRAMM, Handkommentar zum Schweizer Privatrecht, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf, N. 3 zu Art. 11a IPRG). Es ist wohl davon auszugehen, dass dies auch für Beweisverfahren zugunsten eines Schiedsgerichts gelten wird, sodass hier für schweizerische Gerichte keine problematischen Situationen entstehen sollten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- ipr@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 25
Telefax +41 71 788 93 39
regina.doerig@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Justiz-, und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Appenzell, 6. April 2017

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 11. Januar 2017, mit welchem Sie um Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit) ersuchen.

Der Kanton Appenzell I.Rh. stimmt dem Revisionsprojekt des IPRG zu.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

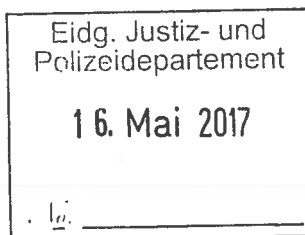
Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- ipr@bj.admin.ch
- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement, Marktgasse 10 d, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern



Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 12. Mai 2017

**Eidg. Vernehmlassung; Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht;
Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. Januar 2017 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, sich zur eingangs erwähnten Vorlage vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Allgemeine Bemerkungen

Adressaten des IPRG sind in erster Linie die Nutzer, d.h. internationale Unternehmen, die mit anderen Unternehmen Geschäfte tätigen. Aus deren Sicht ist deshalb bei der Revision des 12. Kapitels des IPRG darauf zu achten, dass das Gesetz den Erwartungen der Nutzer der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit gerecht wird. Dies wird weitgehend erreicht. Der Regierungsrat begrüsst daher die Stossrichtung der Revision des IPRG, auch wenn der Kanton Appenzell Ausserrhoden vom internationalen Wettbewerb im Schiedsgerichtswesen nicht oder kaum tangiert wird.

Die Schweiz als Schiedsplatz hat im internationalen Vergleich immer noch eine starke Position. Die langjährige Tradition im Schiedsgerichtswesen und Attribute wie politische Stabilität, Neutralität, geographische Lage mitten in Europa und modernste Infrastruktur tragen zur anhaltenden Attraktivität der Schweiz als Schiedsort bei. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die einschlägigen Rechtsgrundlagen – für internationale Schiedsverfahren das 12. Kapitel des IPRG – auf dem neusten Stand sind und dadurch die Attraktivität erhöhen. Das Gesetz muss die Basis für die Durchführung effizienter und kostengünstiger Schiedsverfahren bilden und zugleich den rechtsstaatlichen Rahmen für die Sicherstellung der Einhaltung von verfahrensrechtlichen Mindestgarantien bieten.



2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

2.1 Englische Sprache im Beschwerdeverfahren

Der Regierungsrat lehnt den Vorschlag ab, im Bundesgerichtsgesetz (BGG; SR 173.110) die Möglichkeit zu verankern, Beschwerden gegen Schiedsentscheide an das Bundesgericht auch in englischer Sprache abfassen zu können (Art. 77 Abs. 2^{bis} VE-BGG). Es gilt hier abzuwägen zwischen den möglichen Vorteilen für die internationale Positionierung des Schiedsplatzes Schweiz und den Nachteilen, die mit Übersetzungen für die Rechtssicherheit verbunden sein können. Zwar wird ein Grossteil der Schiedsverfahren auf Englisch geführt und bei Beschwerden können zeitraubende Übersetzungsarbeiten anfallen. Zu berücksichtigen ist indes, dass erfahrungsgemäss in rund drei Vierteln aller Schiedsfälle Schweizer Recht materiell anwendbar ist. Die entsprechenden Erlasse sind somit entweder nicht auf Englisch verfügbar oder entfalten als Übersetzungen ohnehin keine Rechtskraft, da es sich dabei nicht um Originalversionen handelt. Englische Übersetzungen, die Bezug auf diese Gesetze nehmen, können mithin zu Ungenauigkeiten führen, da gewisse Begriffe unserer Rechtsordnung kein Pendant in englischer Sprache finden. Der Diskussionsbedarf wird damit wohl eher grösser, was der Rechtssicherheit nicht dienlich ist. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass ausländische Parteien, sollten sie einen Weiterzug ans Bundesgericht in Erwägung ziehen, ohnehin auf einen Schweizer Rechtsvertreter angewiesen sein werden. Dieser wird die Eingabe in einer der Amtssprachen vornehmen können.

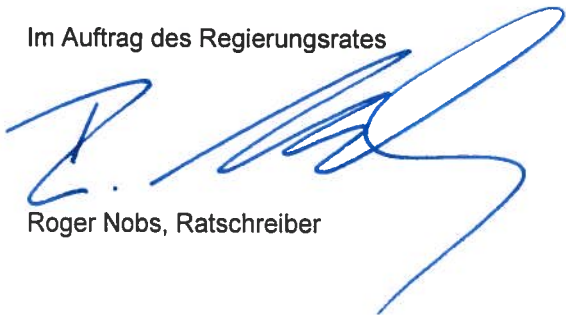
2.2 Juge d'appui

In verschiedenen Vorschriften des 12. Kapitels des IPRG ist vorgesehen, dass ein Schiedsgericht mit Sitz in der Schweiz den staatlichen Richter um Unterstützung ersuchen kann. Hier ist weiterhin vorgesehen, dass die Kantone ein Gericht bestimmen müssen, das diese Hilfsfunktionen wahrnimmt (vgl. Art. 356 Abs. 2 Zivilprozessordnung; ZPO; SR 272). In diesem Punkt weiterhin an einer föderalen Lösung festzuhalten ist aus Sicht des Regierungsrates weder zeitgemäss noch notwendig.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates



Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Eidgenössische Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per Email (ipr@bj.admin.ch)

17. Mai 2017

RRB-Nr.: 458/2017
Direktion Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Unser Zeichen 11.36-17.1 ZUR
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale
Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit)
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur erwähnten Vorlage Stellung nehmen zu können.
Der Kanton Bern möchte dazu folgende Bemerkungen anbringen:

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Zielsetzung der Revision, nämlich die Attraktivität der Schweiz als bewährten und ausgezeichneten internationalen Schiedsplatz zu erhalten und zu steigern, wird unterstützt. Der Zeitpunkt für eine solche Revision scheint nach bald 30 Jahren richtig gewählt zu sein. Ausdrücklich begrüsst wird das Bestreben, die Rechtssicherheit und Rechtsklarheit zu erhöhen, indem die bewährte Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Gesetzestext überführt wird. Dieser Ansatz wird in anderen Rechtsgebieten bedauerlicherweise nur selten verfolgt, obwohl damit dem Anliegen, dass sich der wesentliche Inhalt des Rechts klar aus dem Gesetz selbst ergeben sollte, vermehrt Nachachtung verschafft werden könnte. Zur Anwenderfreundlichkeit trägt auch bei, dass auf Verweise auf die ZPO verzichtet wird. Schliesslich wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass der Gesetzgeber sich mit der Rechtsprechung auseinandersetzt, diese analysiert und daraus Konsequenzen für die Gesetzgebung ableitet.

Die kantonale staatliche Gerichtsbarkeit ist von der Revision nur insoweit betroffen, als die Zuständigkeiten des *juge d'appui* geregelt werden. Wesentliche Unterschiede gegenüber dem bestehenden Recht sind nicht auszumachen.

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 7 IPRG

Der Vorentwurf sieht davon ab, einen Revisionsvorschlag für Artikel 7 IPRG in die Vernehmlassung zu schicken (vgl. Erläuternder Bericht, S. 13f.). Dies läuft dem Revisionsziel, Klarheit zu schaffen, zuwider, da die Auffassungen in der Lehre nach wie vor auseinandergehen und die bundesgerichtliche Rechtsprechung nicht in den Gesetzestext einfließt. Das Bundesgericht hat mit überzeugenden Gründen dargelegt, dass sich das staatliche Gericht bei der Beurteilung seiner Zuständigkeit nur dann mit einer summarischen Prüfung der Schiedsvereinbarung begnügen darf, wenn das Schiedsgericht seinen Sitz in der Schweiz hat, hingegen die Schiedsvereinbarung bei einem Sitz des Schiedsgerichts im Ausland mit voller Kognition prüfen muss. Dies legt an sich nahe, die bundesgerichtliche Rechtsprechung ins Gesetz zu überführen und damit Klarheit zu schaffen. Die im Bericht angegebenen Gründe gegen ein solches Vorgehen überzeugen nicht. Insbesondere spricht der Umstand, dass die Ansichten von Lehre und Praxis auseinandergehen, nicht gegen, sondern für eine Regelung im Gesetz.

Art. 178 Randtitel, Abs. 1 und 4 VE-IPRG

Es wird anerkannt, dass die bestehende Regelung, wonach beide Parteien die Formvorschrift einhalten müssen, im internationalen Vergleich als zu restriktiv erscheint. Die bestehende Regelung hat den Vorteil der Klarheit, indem auch das Akzept den Nachweis durch Text erfordert. Neu soll genügen, dass nur eine Partei die Form einhält. In der praktischen Rechtsanwendung dürfte die neue Regelung den Gerichten bei der Beurteilung ihrer Zuständigkeit keinen beträchtlich höheren Aufwand verursachen, da sich der Streit voraussichtlich auch in Zukunft vornehmlich darum drehen wird, wessen schriftliche Vertragsbedingung schliesslich zum Vertragsinhalt erhoben wurden (*battle of forms*). Es besteht jedoch die Gefahr, dass eine Partei gegen ihren Willen allein aufgrund konkludenten Verhaltens in ein Schiedsverfahren hineingezogen wird und sich erst im Beschwerdeverfahren wirksam dagegen wehren kann. Mit dem Abschluss einer Schiedsvereinbarung verzichten die Parteien auf ihr verfassungsmässiges Recht auf Zugang zum gesetzlichen Gericht. Ein solcher Verzicht sollte an sich zweifelsfrei festgestellt werden können. Ob dies mit einer bloss einseitigen Textform noch gewährleistet werden kann, erscheint zumindest fraglich.

Zu beachten ist immerhin, dass das staatliche Gericht, wenn es in seiner Funktion als *juge d'appui* zur Ernennung der Mitglieder des Schiedsgerichts angerufen wird, summarisch prüfen muss, ob eine gültige Schiedsvereinbarung vorliegt (vgl. Art. 179 Abs. 3 IPRG). Diese Prüfung kann bei bloss einseitiger Einhaltung der Form erschwert sein, wozu auch beiträgt, dass im Summarverfahren der Beweis in erster Linie durch Urkunden zu führen ist (Art. 254 Abs. 1 ZPO).

In Absatz 4 werden Schiedsklauseln in einseitigen Rechtsgeschäften wie Testamenten, Stiftungserrichtungsakten etc. für zulässig erklärt. Hier ist zu überlegen, ob im Gesetz nicht ebenfalls klargestellt werden sollte, dass auch Schiedsklauseln in Statuten juristi-

scher Personen (z.B. von Vereinen und Aktiengesellschaften), die ebenfalls nicht auf Vereinbarung beruhen (müssen), der Schiedsvereinbarung gleichgestellt werden sollten.

Art. 179 Randtitel, Abs. 2, 2bis, 3 und 4 VE-IPRG

Absatz 2 Satz 2 sieht vor, dass das staatliche Gericht die Mitglieder des Schiedsgerichts auch dann ernannt, wenn die Parteien gar keinen Sitz bestimmt haben. Diese Regelung führt dazu, dass staatliche Gerichte in Schiedsstreitigkeiten mitwirken müssen, wenn noch gar nicht feststeht, dass der Sitz des Schiedsgerichts in der Schweiz liegt und damit das 12. Kapitel des IPRG zur Anwendung kommt. Hier sollte verlangt werden, dass für die Anrufung des staatlichen Gerichts ein minimaler Bezug der Streitsache zur Schweiz glaubhaft gemacht werden muss (z.B. Wohnsitz einer Partei in der Schweiz, Erfüllungsort in der Schweiz, Vollstreckungsort in der Schweiz etc.).

Art. 189 Abs. 3 VE-IPRG

Liest man die Ausführungen im erläuternden Bericht, erhält man den Eindruck, dass den Schiedsrichtern mit der vorgeschlagenen Regelung neu die Befugnis eingeräumt werden soll, ihr eigenes Honorar im Schiedsspruch autoritativ, also in Form eines definitiven Rechtsöffnungstitels festzulegen. Eine solche Regelung stünde in einem Widerspruch zum (verfassungsrechtlichen) Verbot des Richtens in eigener Sache (*nemo iudex in causa sua*) und wäre daher abzulehnen. Die Rechtsprechungsbefugnis eines Schiedsgerichts beschränkt sich auf den Streit zwischen den Parteien; auf das Schiedsmandat kann und darf sie sich nicht beziehen.

Art. 251a, Art. 356 Abs. 3 E-ZPO

Die Klarstellung, dass der *juge d'appui* im Summarverfahren entscheidet, wird begrüsst. Anders als in der ZPO regelt hingegen auch der Vorentwurf zum IPRG die sachliche Zuständigkeit des *juge d'appui* nicht. Eine Angleichung an die Regelung in Art. 356 Abs. 2 ZPO wäre wünschenswert.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin



Beatrice Simon

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler: Justizleitung

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Per E-Mail an: ipr@bj.admin.ch

Liestal, 23. Mai 2017

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Einladung zur Meinungsäusserung. Bekanntlich zählt unser Land zu den gefragtesten Standorten für internationale Schiedsgerichte, was nicht zuletzt dem Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (IPRG) zu verdanken ist. Das Ziel muss sein, die Attraktivität des Schiedsplatzes Schweiz nicht nur zu erhalten, sondern weiter zu steigern. Daher macht es Sinn, das 12. Kapitel des IPRG über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit wo nötig an die aktuellen Erfordernisse anzupassen und zu modernisieren.

In diesem Sinn begrüssen wir das Bestreben der Revisionsvorlage, die Gesetzesregelungen noch anwender- und schiedsfreundlicher auszugestalten, indem etwa Klärungen hinsichtlich der anwendbaren Verfahrensart vorgenommen werden. Gleiches gilt für das Revisionsziel, die wesentlichen Grundsätze der bundesgerichtlichen Rechtsprechung – beispielsweise bezüglich der Rechtsmittel gegen einen Schiedsentscheid – neu im Gesetz zu verankern. All dies dient der Rechtssicherheit und auch der erleichterten Anwendbarkeit der Gesetzesbestimmungen und so letztlich dem Schiedsplatz Schweiz.

Hochachtungsvoll



Thomas Weber
Regierungspräsident



Peter Vetter
Landschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundesamt für Justiz
ipr@bj.admin.ch

Basel, 24. Mai 2017

P170112

**Regierungsratsbeschluss vom 23. Mai 2017
Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht
(Internationale Schiedsgerichtsbarkeit) IPRG;
Vernehmlassung des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. Januar 2017 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit) IPRG zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Bemerkungen zukommen.

Der Kanton Basel-Stadt ist mit der Revisionsvorlage grundsätzlich einverstanden.

Zur geplanten Änderung des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) wird jedoch das Folgende angemerkt: In einem neuen **Art. 77 Abs. 2^{bis} E-BGG** soll festgeschrieben werden, dass die Parteien in Beschwerde- und Revisionsverfahren in der Schiedsgerichtsbarkeit vor Bundesgericht ihre Rechtsschriften in englischer Sprache einreichen können. Eine solche Regelung gälte nicht nur für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit nach dem IPRG, sondern auch für die nationale Schiedsgerichtsbarkeit nach der ZPO. Dabei würde laut Begleitbericht (S. 30) die (übrige) Verfahrenssprache weiterhin gemäss Art. 54 BGG eine der vier Amtssprachen der Schweiz bleiben. Auch wenn dem Bundesrecht ähnliche Regelungen nicht mehr unbekannt sind (siehe unten) bedeutet die gesetzlich festgeschriebene Zulassung von Nichtamtssprachen vor der schweizerischen Gerichtsbarkeit eine sehr gewichtige Änderung des schweizerischen Verfahrensrechts. Darauf wird jedoch im Begleitbericht (S. 30 f.) nicht hingewiesen, sondern der neue Art. 77 Abs. 2^{bis} E-BGG wird einzig mit den privaten Interessen der Schiedsparteien gerechtfertigt (geringere Übersetzungskosten für die Parteien). Insbesondere die im Bericht genannte Zielsetzung der «durchgängigen Verwendung der englischen Sprache für Schiedsverfahren in der Schweiz und (...) vor dem Bundesgericht» sollte am Sprachenartikel von Art. 70 BV und weiteren staatsrechtlichen Grundsätzen gemessen werden. Zudem verlangt die geplante Schaffung eines *Rechts* auf Eingabe von Rechtsschriften auf Englisch nach einer sorgfältigen Abwägung zwischen den Parteiinteressen und den staatlichen Interessen (z.B. Nutzen, Kostentragung, Klarheit der Rechtsprechung, Ausbildung der Richterinnen und Richter). Aus kantonaler Sicht gilt es dabei zu bedenken, dass mit Streitigkeiten zwischen Schiedsgerichtsparteien auch die kantonalen Gerichte

befasst sein können, weshalb bei einer Zulassung der englischen Sprache im Verfahren vor Bundesgericht gleichartige Forderungen für die kantonale Gerichtsbarkeit aufgestellt werden könnten. Dabei stellten sich angesichts der auf eine oder zwei Landessprachen beschränkten Amtssprachen der Kantone noch zusätzliche Fragen zum Verhältnis der Amtssprachen zu den übrigen Landessprachen und zur englischen Sprache.

Im Bundesrecht findet sich zur Verwendung der englischen Sprache in Verfahren vor staatlichen Gerichten Art. 36 des Bundesgesetzes über das Bundespatentgericht (Patentgerichtsgesetz, PatGG). Nach dieser Regelung kann die englische Sprache im Verfahren mit Zustimmung des Gerichts und der Parteien benutzt werden. Zudem wird die Geltung des Art. 54 BGG verdeutlicht durch die Formulierung, dass das Urteil und die verfahrensleitenden Anordnungen in jedem Fall in einer Amtssprache abgefasst werden. Es bietet sich an, bundesrechtliche Regelungen betreffend die Zulassung des Englischen oder einer anderen Nichtamtssprache in gerichtlichen Verfahren inhaltlich möglichst aufeinander abgestimmt zu erlassen, besonders, da es sich um eine neue Materie handelt. Dabei ist aus der Sicht des Kantons Basel-Stadt für die Änderung des BGG eine Regelung vorzuziehen, bei welcher die Gerichte im einzelnen Verfahren ein Mitspracherecht hätten wie beim PatGG, zumal eine Sprachregelung des BGG grössere Auswirkungen auf die Kantone haben kann als das PatGG, da Patentrechtsstreitigkeiten nur auf Bundesebene geführt werden können. Durch eine solchermassen flexiblere Regelung könnten sowohl private als auch staatliche Interessen gewahrt werden. Demgemäss beantragt der Kanton Basel-Stadt Art. 77 Abs. 2^{bis} E-BGG im Sinne der Bemerkungen zu überarbeiten.

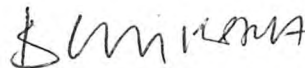
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin

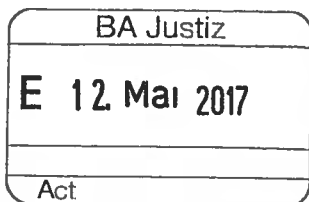


Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg



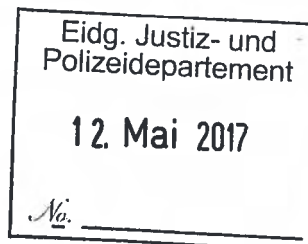
Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Département fédéral de justice et police
3003 Berne

Par PDF et sous format Word à :
ipr@bj.admin.ch



Fribourg, le 9 mai 2017

Procédure de consultation relative à la modification de la loi fédérale sur le droit international privé (arbitrage international)

Madame, Monsieur,

Vous nous avez consultés par lettre du 11 janvier 2017 de Madame la Conseillère fédérale Simonetta Sommaruga, dans le cadre de la procédure de consultation citée en titre.

Le Conseil d'Etat a pris bonne note de l'avant-projet de révision des dispositions sur l'arbitrage international. Il n'a pas de remarque particulière à formuler sur cet avant-projet et remercie le Département fédéral de justice et police pour son élaboration.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat du canton de Fribourg approuve la modification de la loi fédérale sur le droit international privé telle que proposée.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Maurice Ropröz
Président

Au nom du Conseil d'Etat :



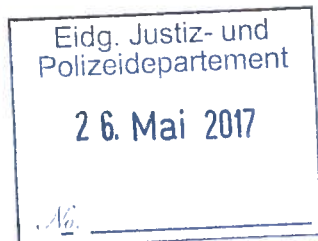
Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 24 mai 2017

Le Conseil d'Etat

2446-2017



Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Département fédéral de justice et police
Office fédéral de la justice
3003 Berne

Concerne : Consultation fédérale relative à la modification de la loi fédérale sur le droit international privé (arbitrage international)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat vous remercie d'avoir consulté la République et canton de Genève au sujet de la modification des dispositions de la loi fédérale sur le droit international privé (ci-après : Projet - LDIP) relatives à l'arbitrage international.

De manière générale, le canton de Genève accueille favorablement les modifications proposées. Nous considérons que celles-ci réalisent l'objectif poursuivi et contribuent à renforcer l'attrait et la réputation de la place arbitrale suisse. Nous saluons tout particulièrement le fait que la révision ne modifie pas fondamentalement la structure et le contenu du chapitre 12 LDIP, mais apporte les précisions et clarifications nécessaires en matière d'arbitrage international.

Les présentes déterminations comportent deux volets. Le premier a trait aux domaines que le Projet – LDIP a renoncé à traiter (ci-après : ch. 1), tandis que le second comporte des commentaires et suggestions sur certaines dispositions particulières (ci-après : ch. 2).

1. Domaines que le projet de loi a renoncé à régler

Le canton de Genève regrette la renonciation à légiférer sur les modalités de jugement en matière d'exception d'arbitrage selon que le tribunal arbitral est situé en Suisse ou à l'étranger.

Nous sommes favorables à une modification de l'article 7 LDIP actuel et à la suppression de la distinction entre les clauses arbitrales prévoyant un siège en Suisse et celles prévoyant un siège à l'étranger et estimons que la distinction actuellement faite par le Tribunal fédéral en la matière ne se justifie pas en pratique et est une source de complications inutiles.

2. Commentaires des dispositions

- 2.1 Le canton de Genève n'est pas favorable à l'ajout du critère de "l'établissement" d'une société, en sus de celui du siège (articles 176 al. 1 et 192 al. 1 Projet - LDIP), pour des motifs de sécurité juridique et en raison des difficultés à définir la notion "d'établissement". Il suggère en conséquence de supprimer le terme "établissement".
- 2.2 S'agissant de l'article 179 alinéa 2 Projet - LDIP, nous approuvons le processus de nomination des arbitres par le juge d'appui. S'agissant de la suppression du renvoi aux règles du CPC, nous n'y sommes, sur le principe, pas opposés. Dans la mesure toutefois où le CPC comporte, notamment en son article 356, des dispositions d'organisation judiciaire relatives au juge d'appui, il semblerait judicieux, en cas de suppression du renvoi aux règles du CPC, d'introduire une disposition similaire dans le Projet - LDIP.

Par ailleurs, en dehors des cas d'intervention du juge d'appui, nous relevons que la LDIP ne prévoit en l'état aucune règle relative à la constitution du Tribunal arbitral hormis celle visée à l'art. 179 alinéa 1 LDIP. Compte tenu de la suppression du renvoi au CPC, il serait dès lors nécessaire de régir cette matière dans le Projet - LDIP, en s'inspirant notamment des articles 360 à 361 et 364 à 366 CPC.

- 2.3 L'article 179 al. 4 Projet - LDIP codifie l'obligation faite à l'arbitre de déclarer ses intérêts. Il semble toutefois que l'obligation de déclarer ses intérêts se confonde largement avec les règles de récusation prévues par l'article 180 al. 1 let c Projet - LDIP. Or, le devoir de déclarer ses intérêts devrait être plus large et aller au-delà des éléments qui justifieraient une éventuelle récusation, dès lors que la révélation de ces intérêts ne devrait précisément pas être considérée comme la reconnaissance de l'existence d'un motif de récusation. L'obligation de déclarer ses intérêts devrait donc être étendue au-delà de ce que l'arbitre devrait pouvoir considérer comme un motif de récusation. Ainsi, l'obligation de déclarer devrait notamment être prévue dans la situation dans laquelle l'arbitre a déjà été désigné, à plusieurs reprises, par la même partie, pour traiter la même question juridique.
- 2.4 S'agissant de la procédure de récusation prévue par l'article 180 al. 3 Projet - LDIP, il nous semble que certaines règles prévues par le CPC en la matière devraient être partiellement reprises. Il en va ainsi des différentes règles contenues à l'article 369 CPC. Il est en effet souhaitable, pour des motifs de cohérence et d'économie de procédure, de soumettre la demande de récusation en premier lieu à l'arbitre lui-même, afin qu'il puisse se déterminer, avant de saisir la voie judiciaire (article 369 al. 2 et 3 CPC). De même, la décision rendue en matière de récusation devrait pouvoir être revue à l'occasion d'un recours contre la sentence arbitrale (article 369 al. 5 CPC). Les parties devraient en effet pouvoir invoquer le manque d'impartialité et d'indépendance dans le cadre d'un recours auprès du Tribunal fédéral contre une sentence arbitrale et cela, même si l'autorité judiciaire avait, en son temps, écarté une demande de récusation fondée sur les mêmes motifs.

Compte tenu de la suppression du renvoi aux règles du CPC, il serait en outre opportun de régler les conséquences de la récusation du tribunal arbitral ou d'un arbitre, respectivement des modalités de leur remplacement, en transposant notamment l'article 268 alinéa 2 et 3 ainsi que l'article 371 CPC dans le Projet - LDIP.

- 2.5 L'art. 189 al. 3 Projet - LDIP donne la compétence au Tribunal arbitral de statuer de manière contraignante sur les frais de la procédure arbitrale et les dépens. La LDIP

actuelle ne contenant aucune disposition spécifique en la matière, le Tribunal fédéral considère, dans sa jurisprudence actuelle, que le Tribunal arbitral ne dispose pas de la base légale nécessaire pour rendre des décisions contraignantes sur cette question et que les honoraires fixés dans sa décision arbitrale sont de simples factures dont le paiement doit, en cas de contestation, être sollicité par la voie d'une procédure civile ordinaire.

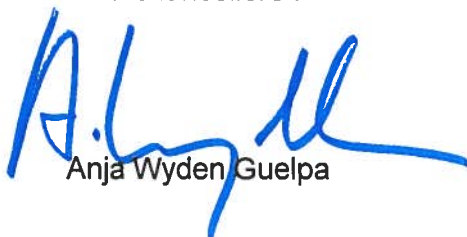
La modification proposée paraît problématique car il appartiendrait au seul Tribunal arbitral de fixer ses honoraires, sans aucun contrôle possible. Il suffirait ainsi de quelques sentences fixant des honoraires particulièrement élevés pour porter atteinte à la réputation de la place arbitrale suisse. Dans la mesure où le système actuel ne pose pas de problèmes particuliers, il devrait être maintenu. Alternativement, en cas de maintien de cette disposition, il conviendrait d'étendre la liste des griefs prévus par l'article 190 al. 2 Projet - LDIP pour que la question des honoraires excessifs puisse faire l'objet d'un recours devant le Tribunal fédéral ou de prévoir une autre voie de recours spécifique.

- 2.6 S'agissant de la modification projetée de l'article 77 al 2 bis LTF, soit la possibilité de rédiger ses écritures en anglais, le canton de Genève soutiendra la position que le Tribunal fédéral adoptera en la matière.
- 2.7 En dernier lieu, le pouvoir judiciaire de la République et du canton de Genève a manifesté son désaccord avec le libellé de l'article 184 al. 3 Projet - LDIP. En résumé, il s'oppose à la modification suggérée et considère que l'analogie effectuée entre les règles relatives à l'entraide internationale et l'arbitrage n'est pas justifiée. Il estime que, contrairement à ce qui prévaut en matière d'entraide internationale, le Tribunal arbitral ne se trouve jamais dans une relation de réciprocité avec une autorité judiciaire d'appui et que les risques relatifs à la validité de la preuve recueillie, susceptibles d'exister en matière d'entraide internationale, n'existent pas dans le domaine de l'arbitrage. Le pouvoir judiciaire requiert donc la suppression de cette disposition, voire sa reformulation. En cas de maintien de la disposition, il souhaiterait qu'elle soit formulée de manière à permettre au juge de décider, en opportunité et sans avoir besoin de motiver son éventuel refus, d'appliquer, ou non, le droit étranger dont la prise en compte est sollicitée.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces observations, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
3003 Bern

Per E-Mail an: ipr@bj.admin.ch

Glarus, 6. Juni 2017
Unsere Ref: 2017-8

**Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privat-
recht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit)**

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Stossrichtung zur Vorlage im Grundsatz einverstanden sind. Die in Art. 77 Abs. 2bis des Bundesgerichtsgesetzes vorgesehene Möglichkeit, Beschwerden gegen Schiedsentscheide an das Bundesgericht in englischer Sprache abfassen zu können, lehnen wir allerdings ab. Englisch bildet in der Schweiz keine Amtssprache. Abgesehen davon sehen wir bei fremdsprachigen Eingaben Nachteile aufgrund von Unsicherheiten bei der Übersetzung, zumal es in den meisten Fällen in Schiedssachen um die Anwendung von schweizerischem Recht gehen dürfte.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Rolf Widmer
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: ipr@bj.admin.ch

versandt am: **06. Juni 2017**



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
Telefax 041 228 67 27
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Zustellung per Mail an: ipr@bj.admin.ch

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Luzern, 30. Mai 2017

Protokoll-Nr.: 611

**Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht
(Internationale Schiedsgerichtsbarkeit). Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die vorgeschlagenen Anpassungen des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht werden unsererseits begrüsst. Die Änderungen stärken die Attraktivität der Schweiz als internationalen Schiedsplatz – an Bewährtem wird festgehalten, Unklarheiten werden beseitigt und die Benutzerfreundlichkeit wird erhöht.

Danke für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

10. Mai 2017



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

BA Justiz

E 11. Mai 2017

Act

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

Modification de la loi fédérale sur le droit international privé (arbitrage international)

N/Réf : CONSU.2017.5/CA/sga

(à rappeler dans toute correspondance)

Madame la conseillère fédérale,

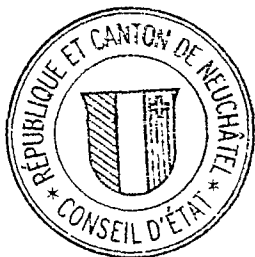
Le Conseil d'État neuchâtelois salue le souci de vouloir maintenir notre pays parmi les places d'arbitrage les plus importantes sur le plan international.

L'objectif poursuivi d'améliorer la sécurité et la clarté du droit nous paraît atteint. Nous relevons que la modernisation et l'assouplissement des règles formelles renforcera l'autonomie des parties à une procédure d'arbitrage. La suppression des renvois aux dispositions sur l'arbitrage interne permettra désormais aux parties de se référer à un texte unique, ce qui représente une nette amélioration pour les plaideurs étrangers notamment. Avec l'intégration de la langue anglaise devant le Tribunal fédéral, ces innovations contribueront à consolider l'attrait de la place arbitrale suisse au niveau international.

Nous prenons note enfin que le projet n'aura pas de conséquence directe pour les cantons. En bref, le gouvernement neuchâtelois accueille favorablement les modifications proposées.

En vous remerciant de nous avoir associés à cette procédure de consultation, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

Neuchâtel, le 3 mai 2017



Au nom du Conseil d'Etat :

Le président,
J.-N. KARAKASH

La chancelière,
S. DESPLAND

- 3. März 2017

Nr. _____



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 2. März 2017

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 11. Januar 2017 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (SR 291; abgekürzt IPRG) betreffend die Bestimmungen über die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit (12. Kapitel des IPRG) zur Vernehmlassung eingeladen.

Wir teilen Ihnen dazu mit, dass die Regierung des Kantons St.Gallen mit den unterbreiteten Vorschlägen einverstanden ist und auf Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen verzichtet.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Namen der Regierung

Martin Klöti
Präsident

Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
ipr@bj.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern

per E-Mail an: ipr@bj.admin.ch
(in PDF- und Word-Version)

Schaffhausen, 2. Mai 2017

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit); Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesrates

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Damen und Herren

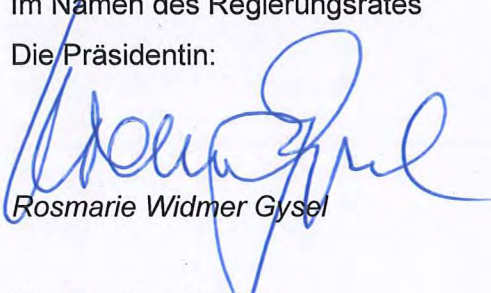
Mit Schreiben vom 11. Januar 2017 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Stellungnahme unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir die vorgeschlagenen Änderungen begrüssen, da das Gesetz modernisiert wird, um die Stellung der Schweiz im internationalen Wettbewerb der Schiedsplätze zu stärken.



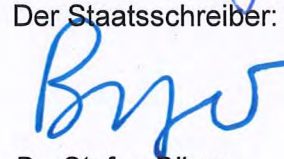
Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

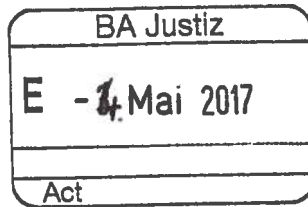

Rosmarie Widmer Gysel

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch



 KANTON **solothurn**

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

312.17.002

2. Mai 2017

**Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale
Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 11. Januar 2017 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

Wir begrüssen die mit der vorliegenden Revision verfolgten Ziele und erachten es als sinnvoll und praktikabel durch die beantragte Neuregelung, die Rechtssicherheit und die Rechtsklarheit für die Gesetzesanwenderinnen und -anwender zu erhöhen, indem namentlich die bewährte Rechtsprechung des Bundesgerichts im Gesetzestext verankert wird, Unklarheiten beseitigt werden und das Gesetz als solches noch anwenderfreundlicher ausgestaltet wird. Begrüssenswert ist ebenso, dass die Schweiz im internationalen Wettbewerb der Schiedsplätze durch das modernisierte Gesetz, welches klar und prägnant formuliert wurde, gestärkt wird.

Wir erachten den vorgeschlagenen Gesetzeswortlaut als gelungene Umsetzung der vorgenommenen Ziele und haben daher keine konkreten Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen.

Mit freundlichen Grüssen

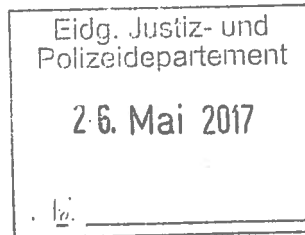
IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Dr. Remo Ankli
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern



Frauenfeld, 23. Mai 2017

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Internationale Schiedsgerichtsbarkeit)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (SR 291) im Bereich der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

M. Müller

Der Staatschreiber

Simonetta Sommaruga



1449

cl

1

5 aprile 2017

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 5
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

11. April 2017

Il Consiglio di Stato

Signora
Consigliera federale
Simonetta Sommaruga
Direttrice del Dipartimento federale
di giustizia e polizia
Palazzo federale ovest
3003 Berna

Modifica della legge federale sul diritto internazionale privato (Arbitrato internazionale); procedura di consultazione

Stimata Consigliera federale,
Gentili Signore, egregi Signori,

abbiamo ricevuto la documentazione relativa alla summenzionata procedura concernente la modifica del capitolo 12 della Legge sul diritto internazionale privato (LDIP; arbitrato internazionale) e vi ringraziamo per la facoltà concessa di esprimerci in proposito.

L'iniziativa si diparte essenzialmente da una mozione della Commissione degli affari giuridici del Consiglio Nazionale, volta a incaricare il Consiglio Federale di modificare aggiornandole le disposizioni della LDIP capitolo 12, art. 176 ss relative all'arbitrato internazionale, così da mantenere intatta l'attrattiva della piazza svizzera quale sede di tribunali arbitrali.

Pur rilevando l'indubbia validità dell'attuale ordinamento particolarmente apprezzato anche all'estero e che ha dato sinora buona prova di sé, esso manifesta trascorsi oramai quasi 30 anni alcune lacune e necessità di opportune integrazioni in punto a questioni rimaste irrisolte alla luce della giurisprudenza del Tribunale federale e della dottrina più recenti, avuto riguardo anche alle accresciute esigenze da parte dell'utenza e dei sensibili progressi conseguiti da parte delle legislazioni d'altri paesi nonché dei vari istituti arbitrali in senso ai rispettivi ordinamenti arbitrali.

Rileviamo preliminarmente come sulla scorta dei rilevamenti statistici pubblicati dalla *Swiss Chambers'arbitration institution*, sebbene il nostro Cantone venga toccato dall'istituto arbitrale in misura minore rispetto ad altre piazze della Svizzera quali Zurigo e Ginevra, esso riveste comunque un ruolo non trascurabile, situandosi al terzo posto per numero di casi arbitrali trattati nel 2015.

In sintesi il progetto di revisione, pur mantenendo intatta la struttura e l'impostazione di fondo attuali (mantenimento del cosiddetto dualismo aperto e la rinuncia a disciplinare in modo diverso l'effetto negativo del principio della competenza del tribunale arbitrale in tema di competenza di cui all'art. 7 LDIP), si profila nel merito senz'altro efficace ed idoneo a meglio precisare i requisiti per definire il campo di applicazione della LDIP e quindi la competenza dei tribunali arbitrali con sede in Svizzera (art. 176 cpv. 1 AP), precisando il criterio temporale di base ed eliminando così una fonte attuale di insicurezza. Viene pure ampliato il campo di autonomia delle parti quo alla forma del patto di arbitrato, adeguandosi all'evoluzione generale, segnatamente mitigando le esigenze di forma richieste (art. 178 cpv. 1 e 4 AP).

Dal profilo sistematico si è poi provveduto in particolare ad opportunamente modificare la struttura normativa in seno a varie disposizioni legali della LDIP, nel senso di sostituire il rinvio ai corrispondenti articoli del CPC (art. 358 ss) integrandoli direttamente nella relativa disposizione, in particolare per la regolamentazione attinente la nomina e la sostituzione degli arbitri (art. 179 cpv. 2 AP) e a colmare delle lacune inserendo nuove prescrizioni per quanto la legge attuale risulti silente, segnatamente circa l'obbligo di trasparenza (art. 179 cpv. 4 AP), i motivi di destituzione degli arbitri (art. 180 cpv. 2bis AP), la competenza in caso di mancata designazione di sede del tribunale arbitrale (art. 179 cpv. 2 in fine AP), eventuali cause successive di ricusa (art. 180 cpv. 4 AP), in tema di assistenza ed assunzione di prove, (art. 184 cpv. 2e 3 AP) e decisioni in materia di spese (art. 189 cpv. 3 AP), come pure per disciplinare i rimedi giuridici della rettifica, interpretazione e completamento dei lodi (art. 189a AP), nonché della revisione (art. 190a AP).

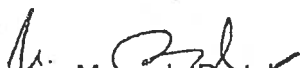
Parimenti vale per quanto attiene le proposte formulate di adattamento di altre leggi connesse con la materia in oggetto, segnatamente la Legge federale del 17 giugno 2005 sul Tribunale federale ed il Codice di diritto processuale civile svizzero del 19 dicembre 2008.

In definitiva riteniamo il presente avamprogetto di modifica pienamente opportuno e giustificato e quindi di esprimere la nostra integrale adesione in punto al documento sottopostoci, sul quale non abbiamo particolari osservazioni, confidando che la prospettata revisione della LDIP si dimostrerà atta a raggiungere gli scopi prefissati.

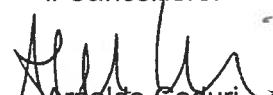
Vogliate gradire, stimata Consiglieria federale, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:


Emanuele Bertoli

Il Cancelliere:


Arnoldo Coduri

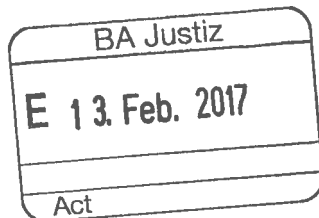
Copia per conoscenza:

- Direzione del Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

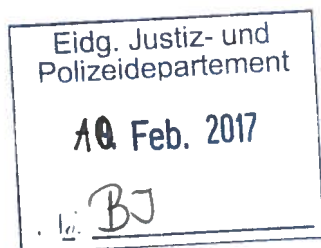


Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



2017.00414



Département fédéral de justice et police
Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Palais fédéral
3003 Berne

Références MP/BB/nf
Date 8 février 2017

Modification de la loi fédérale sur le droit international privé (arbitrage international) Procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat valaisan a pris connaissance de l'avant-projet de modification du chapitre 12 de la loi sur le droit international privé relatif à l'arbitrage international.

En tant que mode alternatif de règlement des différends, l'arbitrage a connu, ces dernières années, un essor non négligeable sur le plan international, notamment dans les domaines sportifs et dans le cadre, toujours plus intense et complexe, des échanges commerciaux internationaux. Le droit suisse de l'arbitrage se caractérise, historiquement, par sa grande concision et sa flexibilité en laissant une grande marge de manœuvre aux parties quant au choix du tribunal arbitral, à la procédure et au droit applicable. La réglementation relative à l'arbitrage international a un impact certain sur le rayonnement de la Suisse et sur son économie dont elle touche de nombreuses branches, tels que les milieux juridiques et financiers ainsi que des institutions sportives renommées.

A l'heure où bon nombre de pays européens procèdent à une remise à niveau de leur législation en matière d'arbitrage, la révision du droit suisse de l'arbitrage permettra à la Suisse de demeurer l'une des places arbitrales les plus prisées et de conserver ses avantages concurrentiels sur le plan international. La révision projetée prévoit, notamment, de codifier la jurisprudence du Tribunal fédéral. Un tel procédé ne peut que renforcer la prévisibilité et la sécurité du droit. La modification de la loi fédérale sur le droit international privé n'ayant aucune incidence financière en particulier pour les cantons, les communes et les régions de montagne, le Gouvernement valaisan se déclare, sur le principe, prêt à y adhérer.

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir consulté sur cet objet et vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

La présidente

Esther Waeber-Kalbermatten

Le chancelier



Philipp Spörri

Copie à par e-mail à ipr@bj.admin.ch



Place de la Planta, CP 478, 1951 Sion
Tél. 027 606 21 00 · Télécopie 027 606 21 04



Volkswirtschaftsdirektion, Postfach 857, 6301 Zug

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an: ipr@bj.admin.ch

T direkt 041 728 55 01
matthias.michel@zg.ch
Zug, 11. Mai 2017 MUTE
VD VDS 6 / 194 - 51708

**Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht
(Internationale Schiedsgerichtsbarkeit) – Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. Januar 2017 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD die Kantonsregierungen im obengenannten Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme eingeladen. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen:

Die im vorliegenden Entwurf vorgeschlagenen Änderungen sind nachvollziehbar und sinnvoll. Wir begrüßen insbesondere, dass durch die Übernahme der langjährigen Rechtsprechung ins Gesetz die Rechtssicherheit erhöht und gleichzeitig an der bewährten klaren und anwenderfreundlichen Struktur festgehalten wird. Dadurch kann die Attraktivität der Schweiz als internationaler Schiedsplatz erhalten werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Volkswirtschaftsdirektion



Matthias Michel
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- Sicherheitsdirektion
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Obergericht
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug



Kanton Zürich
Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

23. Mai 2017

M.

17. Mai 2017 (RRB Nr. 470/2017)

**Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht;
Internationale Schiedsgerichtsbarkeit (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 11. Januar 2017 haben Sie uns den Vorentwurf betreffend die Revision des 12. Kapitels des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG; SR 291) unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir die Vorlage als wichtigen Beitrag zur Stärkung der Schweiz als Standort der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit begrüssen. Den Parteien wird weiterhin eine grosse Autonomie und Flexibilität in der Verfahrensgestaltung zugestanden und auch die Aufgaben des staatlichen Gerichts hinsichtlich der Bestellung, Ersetzung, Ablehnung oder Abberufung von Schiedsgerichtsmitgliedern werden weitestgehend ausreichend geregelt. Die Vorlage gibt deshalb lediglich zu folgenden Hinweisen Anlass:

Zu Art. 179 E-IPRG:

Die Verweisung auf die sinngemässe Anwendung der Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (ZPO; SR 272) soll aufgehoben werden. Mit dem Ziel der anwendungsfreundlicheren Ausgestaltung soll die Regelung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit abschliessend im IPRG erfolgen (erläuternder Bericht, S. 11 und 21). Art. 179 Abs. 2 und 3 E-IPRG soll die Ernennung und Ersetzung von Schiedsgerichtsmitgliedern demnach abschliessend für alle Fälle regeln, in denen die Parteien diese Frage nicht mit einer Vereinbarung gemäss Art. 179 Abs. 1 IPRG geregelt haben. Art. 362 Abs. 1 Bst. a–c ZPO zählt die Erfordernisse auf, die erfüllt sein müssen, damit an das staatliche Gericht gelangt werden kann. Diese Regelung wurde nicht in den Entwurf übernommen. Der Vorentwurf spricht einzig vom «Fehlen einer Parteivereinbarung» bzw. von der «Unmöglichkeit der Ernennung aus anderen Gründen». Damit fehlt aber eine Regelung der Anforderungen, die für eine staatliche Bestellung gegeben sein müssen, und es drängt sich die Frage auf, ob künftig überhaupt noch Anforderungen an eine staatliche Bestellung bestehen sollen, falls eine Vereinbarung fehlt. Damit ist insbesondere unklar, wie die Formulierung «aus anderen Gründen»



verstanden werden muss und ob ein beliebiger Grund ausreichen soll, um an das staatliche Gericht gelangen zu können. Wir regen an, diese Frage im erläuternden Bericht zu klären bzw. den Gesetzestext eindeutiger zu fassen. Ergänzend regen wir an, zu prüfen, ob die Gesuche zur Bezeichnung von Schiedsgerichtsmitgliedern beim staatlichen Gericht nicht weiterhin von den Voraussetzungen gemäss Art. 362 Abs. 1 Bst. a ZPO abhängig gemacht werden sollten. Diese bisher geltenden Voraussetzungen haben sich bewährt.

**Zur Änderung von Art. 77 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2005
über das Bundesgericht (BGG; SR 173.110):**

Im Bundesgerichtsgesetz soll die Möglichkeit verankert werden, Beschwerden gegen Schiedsentscheide dem Bundesgericht in englischer Sprache einreichen zu können (Art. 77 Abs. 2^{bis} VE-BGG). Zwar trifft es zu, dass ein Grossteil der Schiedsverfahren in englischer Sprache geführt wird und bei Beschwerden zeitraubende Übersetzungsarbeiten anfallen können. Die Möglichkeit, Rechtsschriften in Beschwerdeverfahren in englischer Sprache einreichen zu können, könnte deshalb für den Schiedsplatz Schweiz einen Standortvorteil darstellen. Allerdings ist in einem Grossteil der Beschwerdeverfahren Schweizer Recht anwendbar und folglich auch die Fassungen der Gesetze in den Amtssprachen der Schweiz massgebend. Wird in Rechtsschriften auf englische Übersetzungen dieser Gesetze Bezug genommen, kann dies zu Ungenauigkeiten führen, da gewisse Begriffe der schweizerischen Rechtsordnung kein Pendant im englischen Rechtsraum finden. Dieser Umstand kann zu zusätzlichen Streitigkeiten führen, was dem Ziel der Rechtssicherheit abträglich ist. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass ausländische Parteien, sollten sie eine Beschwerde ans Bundesgericht in Erwägung ziehen, ohnehin auf eine Schweizer Rechtsvertreterin oder einen Schweizer Rechtsvertreter angewiesen sein werden, welche die Eingabe ohne Weiteres in einer der Amtssprachen abfassen können. Ergänzend ist die Praxis des Bundesgerichtes zu erwähnen, Beilagen auch in englischer Sprache zu akzeptieren.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:

